

GRÜNE KRITISIEREN SPARKURS BEI BILDUNG

Wiesbaden (dpa/lhe) - Die hessischen Grünen kritisieren die Sparpläne der Landesregierung bei Schulen und Hochschulen.

Schwarz-Gelb nenne zwar Bildung und Sicherheit als Priorität, tatsächlich sollten diese Bereiche aber im Haushalt 2012 die größten Summen einsparen, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Frank Kaufmann, im Gespräch mit der dpa in Wiesbaden. "Das ist ein Bild der Verlogenheit." Kaufmann nannte es richtig, dass Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) bei der politischen Führung sparen wolle, den Ausgaben für Landesregierung und Landtag. Im Fall des Landtags werde dies aber "dumm" umgesetzt und gefährde die Arbeit des Parlaments.

Der Grünen-Abgeordnete bezog seine Kritik auf Schäfers Erlass zur Erstellung des Haushalts 2012, der am Montag offiziell veröffentlicht werden soll. Zum Sparziel von 303 Millionen Euro sollten Schulen, Hochschulen und Polizei allein 161 Millionen Euro beitragen. "Wenn ich mehr als die Hälfte aus diesen Bereichen nehme, dann ist das keine Schonung", sagte Kaufmann.

Minister Schäfer will den Ressorts verordnen, 3,8 Prozent ihrer Mittel einzusparen. Abweichungen sollen nur für Bildung und Innere Sicherheit erlaubt sein. Weil aber die Etats für Schulen, Hochschulen und Polizei die höchsten im Landeshaushalt sind, schlägt sich das Sparen dort in besonders hohen Summen nieder.

Als bedrohlich für Schulen und Polizei wertete Kaufmann Schäfers Ankündigung, dass Tarifsteigerungen künftig nicht vollständig in den Haushalt übernommen werden sollten. Dies werde zur Folge haben, dass freie Stellen nicht nachbesetzt werden, warnte Kaufmann. "Das haut am stärksten dort rein, wo ich das meiste Personal habe, also bei Lehrern und Polizisten." Die Grünen wollten die Prioritäten anders setzen als CDU und FDP: bei Bildung, Soziales und Umwelt.

Bei der politischen Führung sollen weitere fünf Prozent eingespart werden. Die Regierungskommission zur Haushaltsstruktur hatte festgestellt, dass Hessen hier je Einwohner 31 Euro mehr ausgibt als im Schnitt der westdeutschen Flächenländer. Beim Landtag sollen deshalb die Ausgaben von derzeit 49,2 Millionen Euro auf 44,8 Millionen Euro sinken. Dabei ändere sich nichts an der Zahl der Abgeordneten und ihren Aufgaben, sagte Kaufmann. Die Folge: "Man schränkt die Arbeitsfähigkeit des Landtags deutlich ein." Er erinnerte an den Vorschlag seiner Partei, den Landtag zu verkleinern.

Positiv wertete der Grünen-Haushaltsexperte Schäfers Hinweis:

"Alle Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung müssen ausgeschöpft werden."

Die Verwaltungseinnahmen sollten gesteigert werden. Kaufmann forderte die Regierung auf, klarzulegen, was sie dabei plane.

Gespräch: Friedemann Kohler, dpa